



Wirtschaft Aktuell

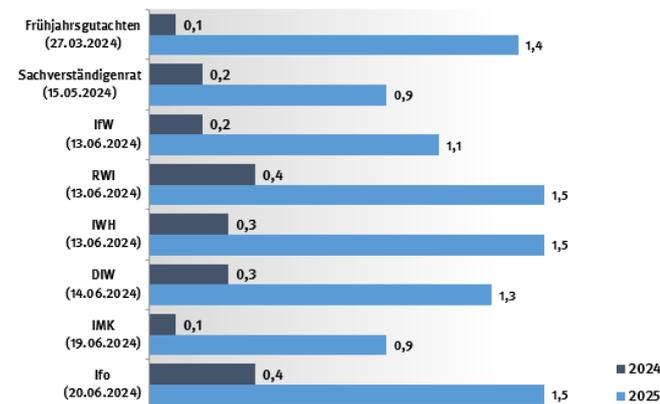
Sommerprognosen kaum verändert zum Frühjahr

Die Tonlage in den Sommerprognosen ist eine Spur heller, die Zahlen haben sich aber kaum verbessert. Die Stagnation in diesem Jahr hält an. Im nächsten Jahr wird ein Wachstum von bis zu 1,5 Prozent erwartet. Nach wie vor wird der private Konsum der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung sein. Beim Ifo Geschäftsklima gab es im Juni einen Dämpfer. Er war nach vier Monaten Steigerung leicht gesunken. Die staatlichen Aktivitäten sind keine Stütze für die Konjunktur, nach vier Jahren expansiver Fiskalpolitik wirken die staatlichen Ausgaben und Einnahmen restriktiv. Aufgrund der Unsicherheiten darüber, wie der Staatshaushalt 2025 aussehen wird, gehen von der Fiskalpolitik erhebliche konjunkturelle Risiken aus. Der Weg aus der Stagnation wird zudem durch die unklare weitere Geldpolitik erschwert.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre aktuellen Sommerprognosen vorgelegt. Die Tonlage ist dabei etwas optimistischer geworden. Es keimt »Neue Hoffnung« (ifo). In den harten Zahlen schlägt sich das aber nur sehr bedingt nieder. **In den Frühjahrsprognosen reichten die Wachstumserwartungen für 2024 bis zu 0,3 Prozent (RWI), in den Sommerprognosen nun bis zu 0,4 Prozent (IWH).** Lediglich das IMK hat seine Prognose nennenswert (um 0,6 Prozentpunkte) nach oben korrigiert. Das lag aber vor allem an ihrer übertrieben pessimistischen Einschätzung im März. Mit 0,3 Prozent liegt ihre Wachstumsprognose nun im Rahmen der anderen Institute. **An der anhaltenden Stagnation der deutschen Wirtschaft ändert sich damit auch nach den neuen Prognosen nichts.**

Der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung ist der private Konsum. Diese Einschätzung bleibt uneingeschränkt gültig. Im letzten Jahr ging vom privaten Konsum noch ein negativer Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten aus. Nach der Prognose des DIW wird es in diesem Jahr ein leicht positiver Beitrag von 0,3 Prozentpunkten sein. Für 2025 werden 0,6 Prozentpunkte erwartet. Ausgesprochen positiv schätzt das DIW den Außenhandel ein: So soll der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) 2024 einen Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten erreichen. 2025 fällt er mit 0,2 deutlich schlechter aus. Der staatliche Konsum und die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen tragen nur wenig zur wirtschaftlichen Dynamik in diesem und im nächsten Jahr bei.

Institutsprognosen für Deutschland 2024 und 2025
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent 2023: - 0,2 Prozent*

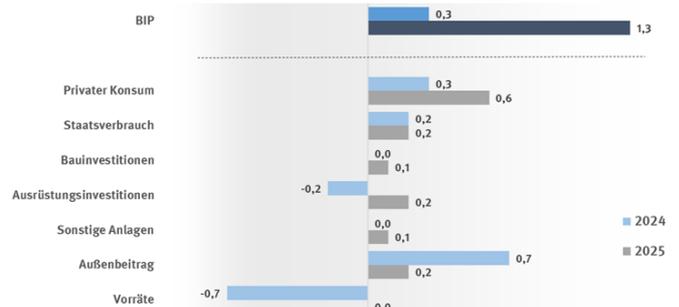


Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Im Frühjahr erwarteten alle Institute eine deutliche wirtschaftliche Erholung für nächstes Jahr. An dieser Einschätzung hat sich in den Sommerprognosen nichts geändert. **Bis zu 1,5 Prozent Wachstum wird für 2025 prognostiziert.** Das war auch im Frühjahr schon so. Nur die sehr pessimistische Wachstumseinschätzung des IMK hat sich von 0,8 Prozent auf 0,9 Prozent erhöht.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2024/2025
BIP-Wachstumsrate, Beiträge der Nachfragekomponenten in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



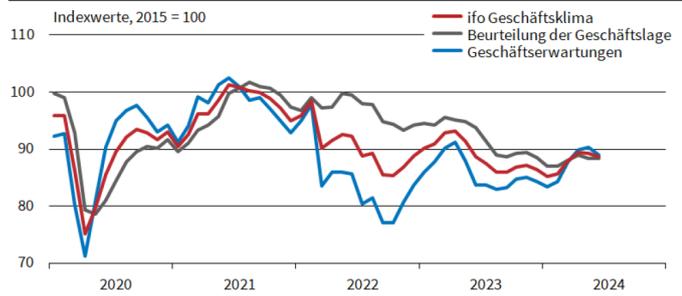
Quelle: Sommergutachten des DIW 14.06.2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Wie schwer sich die deutsche Wirtschaft tut, die Stagnation zu überwinden, zeigt der Ifo-Konjunkturindex. Nachdem dieser im Frühjahr vier Monate in Folge angestiegen war, gab es in der Juni-Befragung einen Rückschlag. **Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate hatten sich im Juni zum ersten Mal seit Januar wieder leicht verschlechtert.** Die Einschätzung der aktuellen Lage war dagegen stabil. Ursächlich für den Rückgang des Index waren skeptischere Erwartungen im verarbeitenden Gewerbe und im Handel. Im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe gab es dagegen einen leichten Anstieg.



ifo Geschäftsklima Deutschland*
Saisonbereinigt



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2024. © ifo Institut

Nach vier Jahren expansiver Fiskalpolitik wirken die staatlichen Ausgaben und Einnahmen 2024 und 2025 restriktiv. Sie bremsen das Wachstum in einer Phase, in der eigentlich fiskalische Impulse für mehr Dynamik notwendig wären. Selbst die Bundesregierung hat in ihrer Frühjahrsprojektion für das Jahr 2024 und für das kommende Jahr eine Unterauslastung des Produktionspotenzials errechnet, was einen fiskalischen Wachstumsimpuls rechtfertigen würde.

Für den Haushalt 2025 herrschen nach dem Haushaltsurteil des Verfassungsgerichts zur Schuldenbremse erhebliche Unsicherheiten. Es ist noch nicht klar, in welchem Umfang Konsolidierungsmaßnahmen notwendig werden und welche Posten zu kürzen sind. Nach den derzeitigen Berechnungen des ifo Instituts wird der Staatshaushalt im Jahr 2024 um 24,2 Mrd. Euro entlastet (0,6 Prozent des BIP) und im Jahr 2025 um 13 Mrd. (0,3 Prozent des BIP). Der Effekt ergibt sich daraus, dass die staatlichen Einnahmen gegenüber dem Vorjahr stärker steigen als die ebenfalls wachsenden Ausgaben. Die Entlastung des Staatshaushalts bedeutet aber auch, dass im Vergleich zum Vorjahr Unternehmen und Haushalte mehr belastet bzw. weniger unterstützt werden und weniger ausgeben. Das Wirtschaftswachstum wird gebremst. Der Haushalt wirkt somit restriktiv.

Unter den Einzelposten befinden sich vor allem wegfallende vorübergehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise. **Hierzu gehören auf der Einnahmenseite** das Auslaufen der Umsatzsteuersenkung auf Gas und die temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie. **Auf der Ausgabenseite** fallen darunter die Strom- und Gaspreisbremsen oder die Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise). Andererseits steigen einzelne Einnahmeposten durch die Anhebung von Gebühren, wie etwa der CO₂-Abgabe und der LKW-Maut und bei den Ausgaben sorgt das Auslaufen der Kaufprämien für E-Autos für Entlastung.

Entlastend für den Staatshaushalt, aber restriktiv für die Gesamtwirtschaft und belastend für die Bürgerinnen und Bürger, wirken darüber hinaus bei den Sozialversicherungen die in der Tabelle nicht aufgeführte Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und die Beitragssatzerhöhung in die Pflegeversicherung.

Entlastungen des gesamtstaatl. Haushalts in Mrd. gg Vj.	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
darunter:		
Umsatzsteuersenkung auf Gas (1.10.22-31.3.24)	4,4	0,8
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	2,9	0,4
Inflationsausgleichsprämie	3,0	9,0
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	4,5	3
Degressive AfA (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	3,2
Anhebung LKW-Maut	7,1	0,9
...		
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
darunter:		
Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilisierung Netzentgelte	30	0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	6	0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	2	0
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	0
...		
Insgesamt	24,2	13
in Relation zum BIP in Prozent	0,6	0,3

Quelle: ifo, Sommerprognose 2024, Auszüge

Einige hier ebenfalls nicht aufgeführte Posten mindern perspektivisch die Staatseinnahmen und belasten den gesamtstaatlichen Haushalt, entlasten aber die Bürgerinnen und Bürger. So belastet etwa im Jahr 2024 die Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge den Staatshaushalt, weil die Steuereinnahmen sinken. Das trifft auch auf den ebenfalls im Jahr 2024 vorgesehenen Ausgleich der kalten Progression und die Anhebung des Grundfreibetrag im Jahr 2025 zu. Aufgrund der Unsicherheiten darüber, wie der Staatshaushalt 2025 letzten Endes aussehen wird, gehen von der Fiskalpolitik erhebliche konjunkturelle Risiken aus.

Weiterhin unklar ist die Ausrichtung der Geldpolitik. Zwar hat die Europäische Zentralbank mit ihrer Entscheidung in der Junisitzung einen ersten Zinsschritt vollzogen. Sie senkte die Leitzinssätze um 0,25 Prozentpunkte. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seitdem bei 4,25 Prozent. Die sinkenden Inflationsraten rechtfertigen diese Entscheidung. Allerdings dämpfte die EZB die Erwartungen auf weitere Schritte, wenn sich herausstellen sollte, dass die Zielinflationsrate von zwei Prozent nicht erreicht wird.

Trotz des ersten Zinsschritts sind die Finanzierungskosten noch sehr hoch. Von den weiteren Zinsschritten wird es abhängen, ob die Geldpolitik die Konjunktur spürbar beleben kann. Die Wirtschaftsforschungsinstitute unterstellen bei ihren Sommerprognosen, dass die EZB dem ersten weitere Zinsschritte folgen lassen wird. Allerdings könnte die US-amerikanische Notenbank (Fed) den Prozess verlangsamen. Dort hält sich die Inflationsrate hartnäckig bei drei Prozent. Wenn die Fed die Zinsen nicht senkt, könnte auch die EZB zögern, um einen Wertverlust des Euro zu verhindern.

Insgesamt könnte somit der erhoffte geldpolitische Impuls ausbleiben und zusammen mit dem unsicheren fiskalpolitischen Kurs den Weg aus der Stagnation erschweren.